

Rechtsfragen der Reanimation

Prof. Dr. iur. Marc Thommen

Weiterbildung für Mitarbeitende des Rettungsdiensts

Spital Simmental-Thun-Saanenland (STS)

Stützpunkt Gesigen/Spiez

27. Juni 2023

SAMW-Richtlinien

Schweizerische Akademie der
medizinischen Wissenschaften
(SAMW), [Richtlinien zu
Reanimationsentscheiden](#),
Bern 2021



SAMW-Richtlinien

Thommen, Stellvertretende
Einwilligung, Basel 2004





Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
3. Strafprozessordnung
4. Fälle





Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
3. Strafprozessordnung
4. Fälle



Art. 7 BV – Menschenwürde

Die Würde des Menschen ist zu achten und zu schützen.



Art. 10 BV – Recht auf Leben

¹ Jeder Mensch hat das
Recht auf Leben.



Art. 10 BV – Recht auf persönliche Freiheit

² Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.



Art. 10 BV – Recht auf persönliche Freiheit

² Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.



Art. 10 BV – Recht auf persönliche Freiheit

² Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit, insbesondere auf körperliche und geistige Unversehrtheit und auf Bewegungsfreiheit.



Art. 5 – Einwilligung

Eine Intervention im Gesundheitsbereich darf erst erfolgen, nachdem die betroffene Person über sie aufgeklärt worden ist und frei **eingewilligt** hat..



Art. 6 – Stellvertretende Einwilligung

(1) Bei einer einwilligungsunfähigen Person darf eine Intervention nur zu ihrem **unmittelbaren Nutzen** erfolgen.

(2) Ist eine minderjährige Person von Rechts wegen nicht fähig, in eine Intervention einzuwilligen, so darf diese nur mit Einwilligung ihres gesetzlichen Vertreters oder einer von der Rechtsordnung dafür vorgesehenen Behörde, Person oder Stelle erfolgen.

Der Meinung der minderjährigen Person kommt mit **zunehmendem Alter** und zunehmender Reife immer mehr entscheidendes Gewicht zu...



Art. 8 – Notfallsituation

Kann die Einwilligung wegen einer Notfallsituation nicht eingeholt werden, so darf jede Intervention, die im **Interesse der Gesundheit** der betroffenen Person medizinisch unerlässlich ist, umgehend erfolgen.



Art. 9 – Früher geäußerte Wünsche

Kann ein Patient im Zeitpunkt der medizinischen Intervention seinen Willen nicht äußern, so sind die **Wünsche** zu berücksichtigen, die er früher im Hinblick auf eine solche Intervention geäußert hat.





Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
3. Strafprozessordnung
4. Fälle





Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
 - a. Reanimation
 - b. Unterlassen
 - c. Rechtfertigung
3. Strafprozessordnung
4. Fälle



Art. 181 – Nötigung

Wer jemanden durch Gewalt oder Androhung ernstlicher Nachteile oder durch andere Beschränkung seiner Handlungsfreiheit nötigt, etwas zu tun, zu unterlassen oder zu dulden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.



StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch

Art. 123 – Körperverletzung

Wer vorsätzlich einen Menschen ... an Körper oder Gesundheit schädigt, wird, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.



StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch



Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
 - a. Reanimation
 - b. Unterlassen
 - c. Rechtfertigung
3. Strafprozessordnung
4. Fälle



Art. 128 – Unterlassung der Nothilfe

Wer einem Menschen, ...der in unmittelbarer **Lebensgefahr** schwebt, nicht hilft, obwohl es ihm den Umständen nach zugemutet werden könnte,... wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.



StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch

Art. 111 – Vorsätzliche Tötung

Wer vorsätzlich einen Menschen tötet...,
wird mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf
Jahren bestraft.



StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch

Art. 11 – Unterlassen

¹ Ein Verbrechen oder Vergehen kann auch durch pflichtwidriges Untätigbleiben begangen werden.

² Pflichtwidrig untätig bleibt, wer die Gefährdung oder Verletzung eines strafrechtlich geschützten Rechtsgutes nicht verhindert, obwohl er aufgrund seiner Rechtstellung dazu verpflichtet ist, namentlich auf Grund:

- a. Gesetz
- b. **Vertrag**
- c. Freiwilliger Gefahrengemeinschaft
- d. Schaffung einer Gefahr



StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch



Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
 - a. Reanimation
 - b. Unterlassen
 - c. Rechtfertigung
3. Strafprozessordnung
4. Fälle



Art. 40 GesG/BE – Einwilligung

¹ Die Fachperson darf eine Massnahme nur durchführen, wenn die Patientin oder der Patient nach vorgängiger Aufklärung **eingewilligt** hat.



Art. 40 GesG/BE – Mutmassliche Einwilligung

² In Notfällen wird die Zustimmung **vermutet**, wenn die Massnahme dringlich und unerlässlich ist, um eine unmittelbare und schwere Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Patientin oder des Patienten abzuwenden, und wenn keine entgegenstehende Meinungsäusserung bekannt ist. Die Aufklärung ist nachzuholen, sobald die Umstände es erlauben.



Art. 40 GesG/BE – Patientenverfügung

² In Notfällen wird die Zustimmung vermutet, wenn die Massnahme dringlich und unerlässlich ist, um eine unmittelbare und schwere Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Patientin oder des Patienten abzuwenden, und wenn keine **entgegenstehende Meinungsäusserung** bekannt ist. Die Aufklärung ist nachzuholen, sobald die Umstände es erlauben.



Art. 370 ZGB – Patientenverfügung

¹ Eine urteilsfähige Person kann in einer Patientenverfügung festlegen, welchen medizinischen Massnahmen sie im Fall ihrer Urteilsunfähigkeit **zustimmt** oder **nicht zustimmt**.



Art. 304 ZGB – Stellvertretende Einwilligung

¹ Die Eltern haben von Gesetzes wegen die Vertretung des **Kindes** gegenüber Drittpersonen im Umfang der ihnen zustehenden elterlichen Sorge.

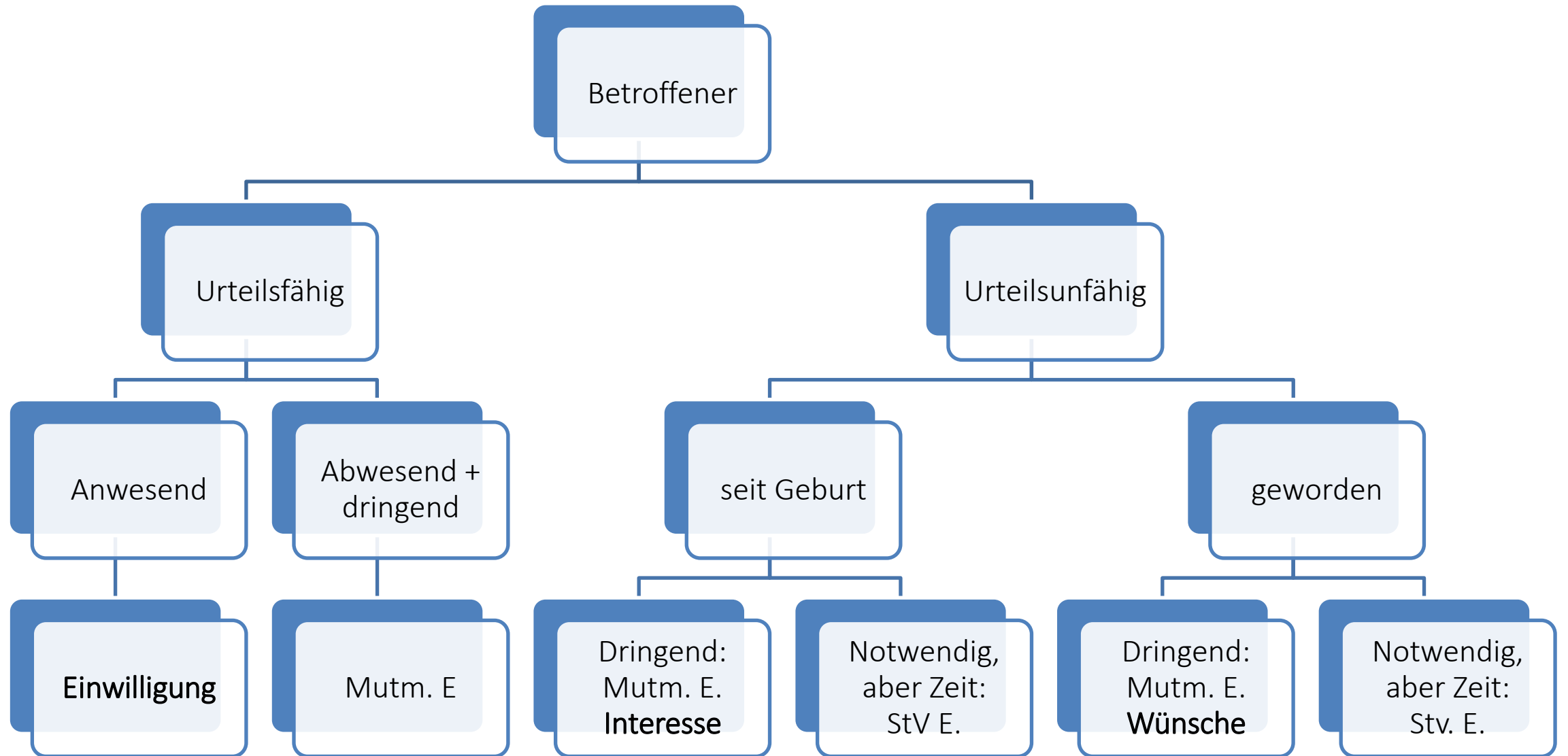


Art. 378 ZGB – Stellvertretende Einwilligung

¹ Die folgenden Personen sind der Reihe nach berechtigt, die **urteilsunfähige Person** zu vertreten und... die Zustimmung zu erteilen oder zu verweigern:

1. Patientenverfügung/Vorsorgeauftrag Person
2. Beistand
3. Ehegatte
4. Gemeinsamer Haushalt
5. Nachkommen
6. Eltern
7. Geschwister







Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
3. Strafprozessordnung
4. Fälle



Art. 7 – Verfolgungszwang

Die Strafbehörden sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeit ein Verfahren einzuleiten und durchzuführen, wenn ihnen Straftaten oder auf Straftaten hinweisende Verdachtsgründe bekannt werden.

StPO
Strafprozessordnung

Art. 319 – Einstellung

¹ Die Staatsanwaltschaft verfügt die vollständige oder teilweise Einstellung des Verfahrens, wenn:

- a. kein Tatverdacht erhärtet
- b. kein Straftatbestand erfüllt
- c. Rechtfertigungsgründe
- d. Prozessvoraussetzungen fehlen
- e. Straf-/Verfolgungsverzicht

StPO
Strafprozessordnung

Art. 113 – Nemo tenetur

Die beschuldigte Person muss sich nicht selbst belasten. Sie hat namentlich das Recht, die Aussage und ihre Mitwirkung im Strafverfahren zu verweigern.

StPO
Strafprozessordnung

Art. 127 – Verteidigung

Die beschuldigte Person, die Privatklägerschaft und die anderen Verfahrensbeteiligten können zur Wahrung ihrer Interessen einen Rechtsbeistand bestellen.

StPO
Strafprozessordnung



Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
3. Strafprozessordnung
4. Fälle



Fall I

REA-Status: Ja, bei polymorbidem Patienten

Fall I

REA- Status Ja bei polymorbidem US-Bürger (91)

- **Status** Aspirationspneumonie, Sepsis, Pflege zuhause. Polymorbider, geschwächter, aber stabilen Patienten. Keine Kommunikation, da dement, Privatpflegerin, Bodyguard vor Ort.
- **Diagnose:** Lungenfibrose, Parkinson, kardiale Vorbelastung, Demenz
- **REA:** JA – Keine Patientenverfügung, *„aber auf meine Nachfrage bestätigt, dass gemäss den Angehörigen (Sohn) dies so gewünscht wird.“*
- **Dilemma:** „Menschenwürde ist ein Recht, das sich nicht im Sterben auflöst.“



[dvids](#)

Fall I

Fragen:

- Bin ich verpflichtet, diesen Patienten mit klarem REA-JA-Status zu reanimieren?
- Welche Konsequenzen gibt es für mich, wenn ich ihn nicht reanimiere?
- US-Staatsbürger – Klage?



Fall I

Macht sich Rettungssanitäter.in der
Tötung durch Unterlassen strafbar, wenn
er/sie den US-Bürger nicht reanimiert?



Fall I

1. Tatbestandsmässigkeit

A. Objektiver Tatbestand

- Erfolg
- Verhalten
- Tatmacht
- Garantenstellung
- Hypothetische Kausalität
- (Vorwurfsidentität)

B. Subjektiver Tatbestand

- Wissen/FMH
- Wollen/IKN

2. Rechtswidrigkeit

3. Schuld



Fall I

Was geschieht, wenn der Patient zwar erfolgreich reanimiert werden kann, dabei aber zahlreiche Rippen gebrochen wurden?



Mutmassliche Einwilligung

Tatbestand	Objektiv <ul style="list-style-type: none"> – Täter – Tathandlung – Taterfolg – Kausalität 	Subjektiv <ul style="list-style-type: none"> – Wissen/Für möglich halten – Wollen/Inkaufnahme 	Unrechtsbegründung
Rechtswidrigkeit	Verfügungsbefugnis <ul style="list-style-type: none"> – Individualrechtsgut – Schranken: Leben/sKV – Entscheidungszwang Betroffener Betroffener <ul style="list-style-type: none"> – Entscheidungsfähig – In seinem Sinne – Im objektiven Interesse 	Wissen um Zwangslage Wille, im Sinne/Interesse des Betroffenen zu handeln	Unrechtsausschluss
Schuld			Vorwerfbarkeit
Weiteres			



Fall II

Rettung einer (Quasi-)Toten

Fall II

Meldung: Verlegung einer Patientin (Altersheim - Spital), Altersheim/Pflege besteht auf Transport

Situation : Tief bewusstlose Patientin, Arme kühl, Entfernen des Duvets: blaue Flecken (Livores...?) an Beinen, Beine ebenfalls kühl. Sie verstarb bei der Umlagerung ins Spitalbett.

Frage: Entscheid dieses Dilemmas?



Fall II

- Gab es obj. eine Rettungsmöglichkeit?
- Wollte die Frau subj. gerettet werden?



Fall II

- Gab es obj. eine Rettungsmöglichkeit?
(Tatmacht, hypothetische Kausalität)
- Wollte die Frau subj. gerettet werden?
(Entlassung aus Garantenstellung)





Fall III

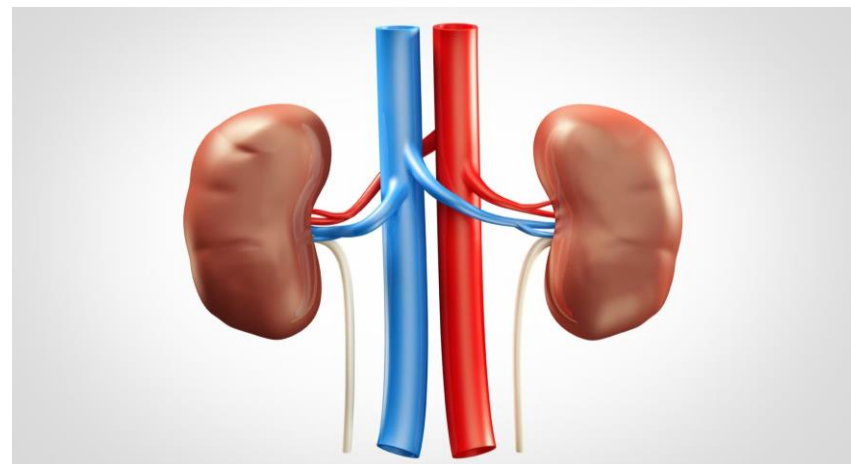
REA-Status: Ja, bei akutem Nierenversagen

Fall III

Situation: Altersheim Patientin 50 kg schwer... eher leichter, keine Haare, braunes Hautkolorit (Verdacht auf Organversagen Leber/Niere?), aktuell Bluterbrechen....

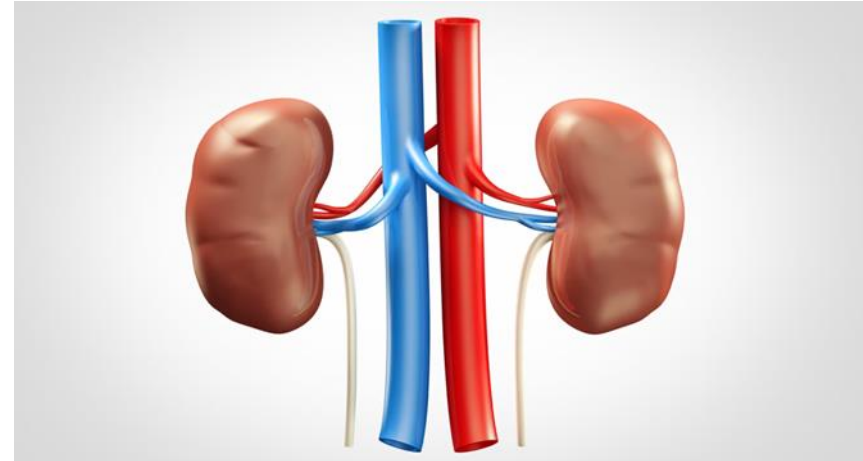
REA-Status: Ja auf Pat Wunsch.

Frage: Pflicht zur Reanimation?

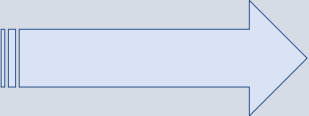


Fall III

Macht sich Rettungssanitäter.in
Körperverletzung strafbar, wenn sie der
Altersheimbewohnerin bei der
Reanimation Rippen bricht?

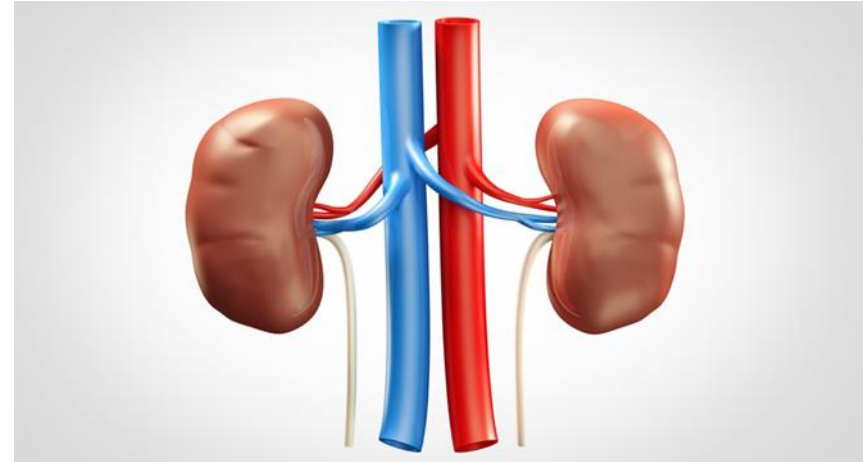


Mutmassliche Einwilligung

Tatbestand	Objektiv <ul style="list-style-type: none"> – Täter – Tathandlung – Taterfolg – Kausalität 	Subjektiv <ul style="list-style-type: none"> – Wissen/Für möglich halten – Wollen/Inkaufnahme 	Unrechtsbegründung
Rechtswidrigkeit 	Verfügungsbefugnis <ul style="list-style-type: none"> – Individualrechtsgut – Schranken: Leben/sKV – Entscheidungszwang Betroffener – Entscheidungsfähig – In seinem Sinne – Im objektiven Interesse 	Wissen um Zwangslage Wille, im Sinne/Interesse des Betroffenen zu handeln	Unrechtsausschluss
Schuld			Vorwerfbarkeit
Weiteres			

Fall III

Macht sich Rettungssanitäter.in der
Tötung durch Unterlassen strafbar, wenn
er/sie Altersheimbewohnerin nicht
reanimiert?



Fall III

1. Tatbestandsmässigkeit

A. Objektiver Tatbestand

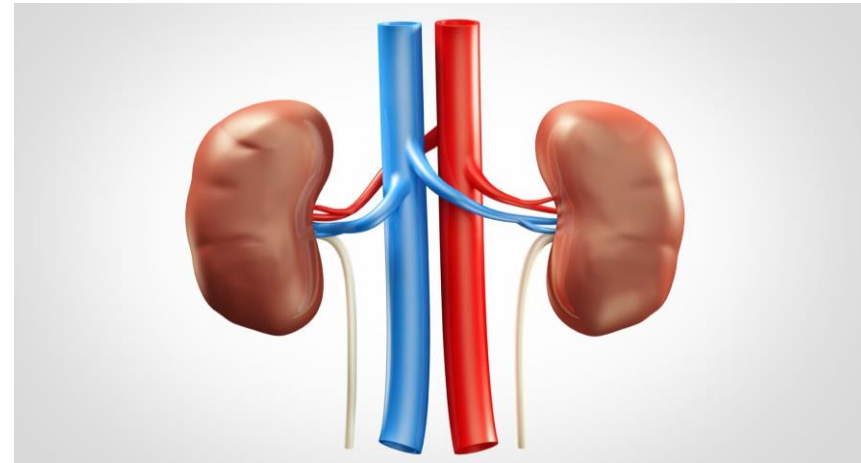
- Erfolg
- Verhalten
- Tatmacht
- Garantenstellung
- **Hypothetische Kausalität**
- (Vorwurfsidentität)

B. Subjektiver Tatbestand

- Wissen/FMH
- Wollen/IKN

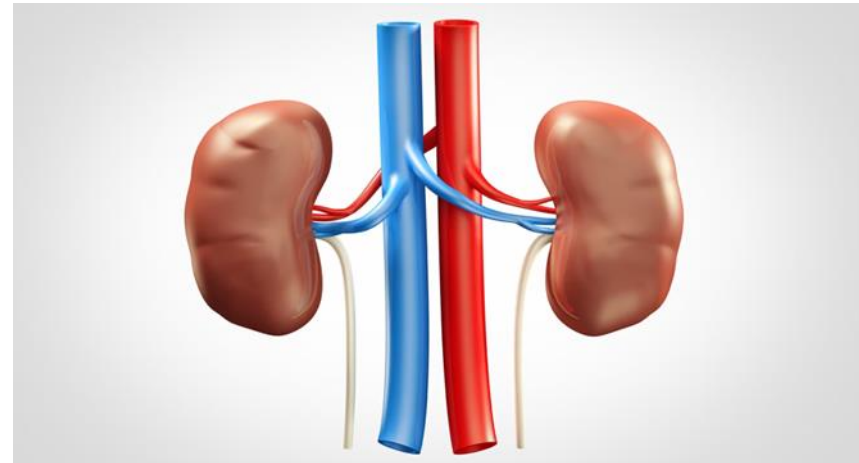
2. Rechtswidrigkeit

3. Schuld



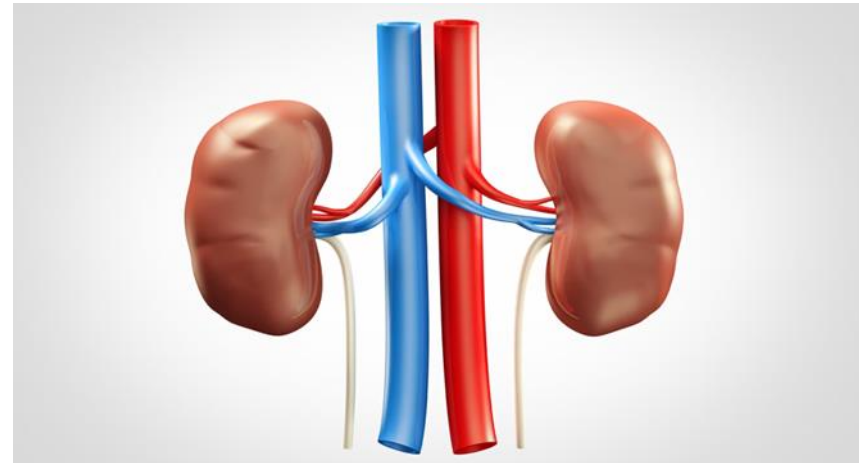
Hypothetische Kausalität

Hätte die unterlassene, aber
gebotene Handlung den
Erfolg entfallen lassen?



Hypothetische Kausalität

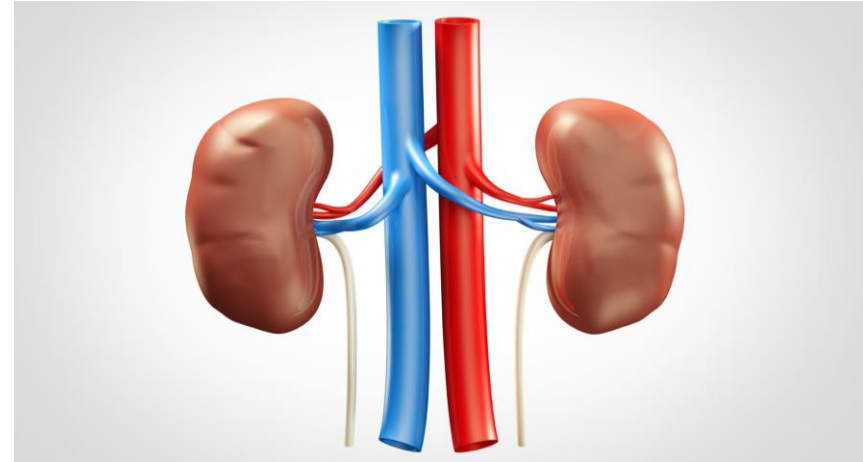
Hätte die unterlassene, aber
gebotene Handlung den
Erfolg entfallen lassen?



Fall III

Frage: Pflicht zur Reanimation?

Nein, eine aussichtslose Rettung ist rechtlich nicht geboten.





Fall IV

Verlorene Patientenverfügung

Fall IV

Patient (90), Altersheim, Dyspnoe

Patientenverfügung: Verloren. Ehefrau:
Verfügungen identisch. Sie: REA Nein.

Frage: Weg ins Spital Kreislaufstillstand:
Was gilt?



Art. 9 – Früher geäußerte Wünsche

Kann ein Patient im Zeitpunkt der medizinischen Intervention seinen Willen nicht äussern, so sind die **Wünsche** zu berücksichtigen, die er früher im Hinblick auf eine solche Intervention geäußert hat.



Oviedo-Konvention

Fall IV

Macht sich der Rettungssanitäter der
Tötung durch Unterlassen strafbar, wenn
er den Ehemann nicht rettet?



Fall IV

1. Tatbestandsmässigkeit

A. Objektiver Tatbestand

- Erfolg
- Verhalten
- Tatmacht
- Garantenstellung
- Hypothetische Kausalität
- (Vorwurfsidentität)

B. Subjektiver Tatbestand

- Wissen/FMH
- Wollen/IKN

2. Rechtswidrigkeit

3. Schuld





Fall V

Reanimation von Kind mit schwerem Herzfehler

Fall V

Junge (6): Schwerer Herzfehler seit Geburt (Hypoplastisches Linkherzsyndrom).

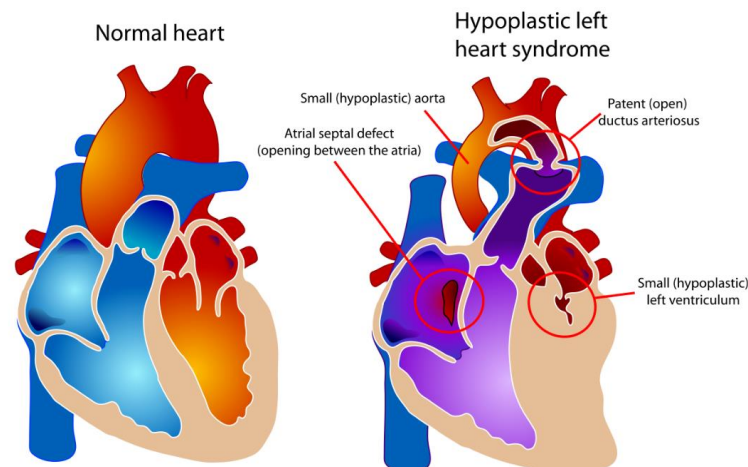
Situation: Laienreanimation, Down-Time: 1-2 Minuten. Asystolie, kurz PEA.

Kardiologin: per Telefon: aussichtslos

Vater: Abbruch Reanimation OK

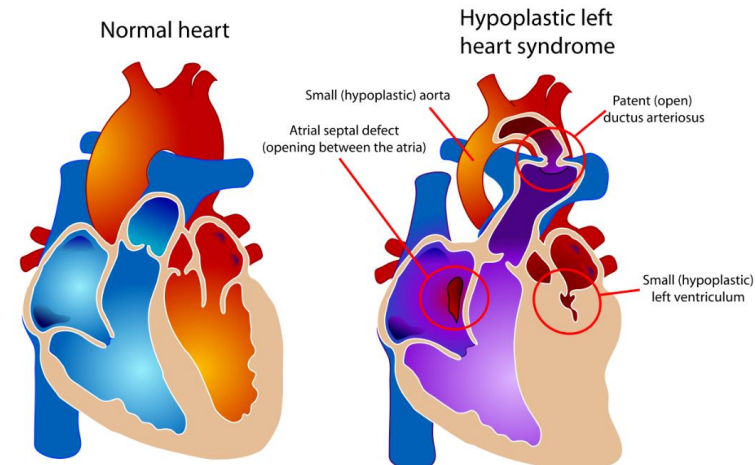
Mutter: REA bis Spital

Frage: Abbruch zulässig gg. Mutter?



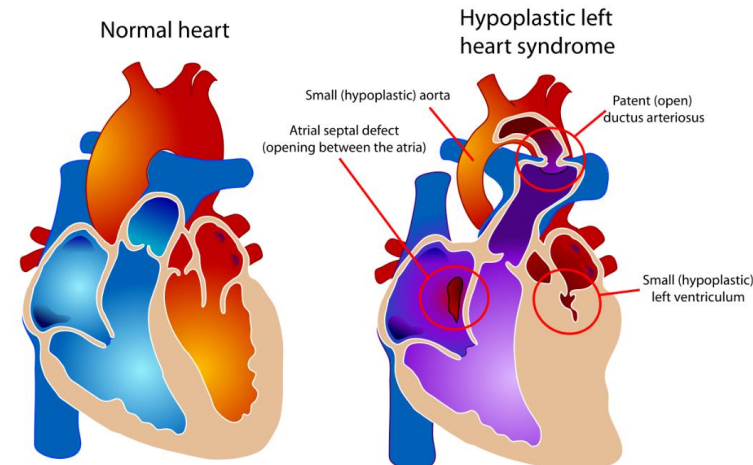
Fall V

Ist der Rettungssanitäter an den
“Reanimations-Befehl” der Mutter
gebunden?



Fall V

Macht sich der Rettungssanitäter der
Tötung durch Unterlassen strafbar, wenn
er entgegen dem Wunsch der Mutter
nicht weiter reanimiert?



Fall V

1. Tatbestandsmässigkeit

A. Objektiver Tatbestand

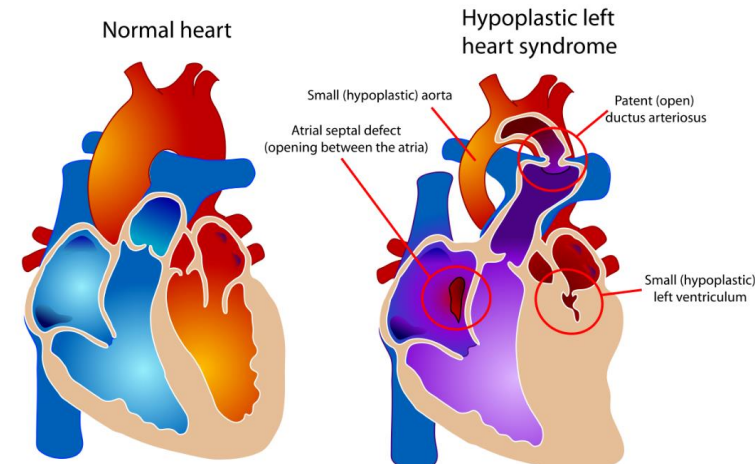
- Erfolg
- Verhalten
- **Tatmacht**
- Garantenstellung
- **Hypothetische Kausalität**
- (Vorwurfsidentität)

B. Subjektiver Tatbestand

- Wissen/FMH
- Wollen/IKN

2. Rechtswidrigkeit

3. Schuld



[Thommen, Stellvertretende Einwilligung, Basel 2004](#)

Stellvertretende Einwilligung

Tatbestand	Objektiv – Täter – ...	Subjektiv – Wissen/Wollen – ...	Unrechtsbegründung
Rechtswidrigkeit	Verfügungsbefugnis – Individualrechtsgut – Schranken Vertreter – Zuständigkeit – Entscheidungszwang – Aufklärung – Erklärung Vertretener – Urteilsunfähig – In seinem Sinne – Im objektiven Interesse	– Überblicken Eingriff – Wille im Sinne/Interesse zu entscheiden	
Schuld			Vorwerfbarkeit
Weiteres			



Fall VI

Aktive Sterbehilfe mittels Morphin-Injektion

Fall VI

Meldung: Leber Carzinom, akute Atemnot, Patient sitzend, somnolent mit Bradypnoe (spO2 84%), Hypotonie (60/20) und Bradykardie (initial 40, im Verlauf 20).

Team: Terminale Situation klar.

Ehefrau: Keine Hospitalisation

Onkologin: 10mg Morphinum sub cutan

Frage: Aktive Sterbehilfe?



Art. 114 – Tötung auf Verlangen

Wer aus achtenswerten Beweggründen, namentlich aus Mitleid, einen Menschen auf dessen ernsthaftes und eindringliches Verlangen tötet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.



StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch

Einwilligung

Tatbestand	Objektiv <ul style="list-style-type: none">– Täter– Tathandlung– Taterfolg– Kausalität	Subjektiv <ul style="list-style-type: none">– Wissen/Für möglich halten– Wollen/Inkaufnahme– ...	Unrechtsbegründung
Rechtswidrigkeit	Verfügungsbefugnis <ul style="list-style-type: none">– Individualrechtsgut– Schranken: Leben/sKV Eigenverantwortlichkeit <ul style="list-style-type: none">– Urteilsfähigkeit– Aufklärung– keine Willensmängel Erklärung <ul style="list-style-type: none">– Vor Eingriff– Widerrufbarkeit– Form	Kenntnis Einwilligung Wille, Autonomie zu wahren	
Schuld			Vorwerfbarkeit

Passive – Aktive Sterbehilfe

Fall	Beispiel	Verhalten des Dritten	Strafbarkeit Dritter
Passive Sterbehilfe		Unterlassung Lebenserhaltung	Nein, Tötung durch Unterlassen (Art. 11 und 111)
Passive Sterbehilfe (?)		Abschalten Beatmung «normatives Unterlassen»	Nein, Tötung durch Unterlassen (Art. 11 und 111)
Aktive Sterbehilfe		Aktive Tötung	Ja, Tötung auf Verlangen (Art. 114)

Direkte aktive Sterbehilfe

Gezielte Tötung zur Verkürzung der Leiden eines anderen Menschen. Der Arzt oder ein Dritter verabreicht dem Patienten absichtlich eine Spritze, die direkt zum Tod führt.

Diese Form der Sterbehilfe ist heute nach Artikel 111 (vorsätzliche Tötung), Artikel 114 (Tötung auf Verlangen) oder Artikel 113 (Totschlag) StGB strafbar.

Indirekte aktive Sterbehilfe

Zur Linderung von Leiden werden Mittel (z.B. Morphin) eingesetzt, die als Nebenwirkung die Lebensdauer herabsetzen können. Der möglicherweise früher eintretende Tod wird in Kauf genommen.

Diese Art der Sterbehilfe ist im StGB nicht ausdrücklich geregelt, gilt aber als grundsätzlich erlaubt. Auch die Richtlinien über die Sterbehilfe der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW-Richtlinien) betrachten diese Form der Sterbehilfe als zulässig.

Passive Sterbehilfe

Verzicht auf die Aufnahme oder den Abbruch von lebenserhaltenden Massnahmen. (Beispiel: Ein Sauerstoffgerät wird abgestellt.)

Diese Form der Sterbehilfe ist ebenfalls gesetzlich nicht ausdrücklich geregelt, wird aber als erlaubt angesehen; eine entsprechende Definition ist in den SAMW-Richtlinien enthalten.

Quelle: [Bundesamt für Justiz - Sterbehilfe](#)

Fall VII

Aussergewöhnlicher Todesfall

Fall VII

Patient (90) Fortgeschrittenes Karzinom,
Erfolglose Reanimation

Frage: Verzicht auf Meldung
aussergewöhnlicher Todesfall?



Art. 253 StPO – Aussergewöhnliche Todesfälle

¹ Bestehen bei einem Todesfall Anzeichen für einen **unnatürlichen Tod**, insbesondere für eine Straftat, oder ist die Identität des Leichnams unbekannt, so ordnet die Staatsanwaltschaft zur Klärung der Todesart oder zur Identifizierung des Leichnams eine Legalinspektion durch eine sachverständige Ärztin... an.

⁴ Die Kantone bestimmen, welche Medizinalpersonen verpflichtet sind, aussergewöhnliche Todesfälle den Strafbehörden zu melden

StPO
Strafprozessordnung

Aussergewöhnlicher Todesfall (agT)

Todesfall, der bei der ärztlichen Leichenschau nicht mit hinreichender Sicherheit auf ein natürliches Geschehen (**natürlicher Tod**) zurückgeführt werden kann. Zum agT zählen alle nicht-natürlichen (gewaltsamen) Todesfälle wie Unfälle, Suizide, Tötungsdelikte oder medizinische Behandlungsfehler und alle unklaren Todesfälle, bei denen eine Gewalteinwirkung nicht sicher ausgeschlossen werden kann. Ein agT muss vom leichenbeschauenden Arzt unverzüglich der zuständigen Strafuntersuchungsbehörde (Polizei oder Untersuchungsrichter) gemeldet werden. Bei jedem agT wird eine Legalinspektion durchgeführt.



[IRM Bern](#)



Fall VIII

Unklare Patientenverfügungen

Fall VIII

Patientenverfügungen:

- 2 x REA, dann Abbruch
- REA nur ohne bleibende Schäden
- REA: Ja, IPS/Intubierung: Nein

Frage: Wie verhalten sich solche Aussagen rechtlich? Wie sieht unser Auftrag somit aus?



Art. 370 ZGB – Patientenverfügung

¹ Eine urteilsfähige Person kann in einer Patientenverfügung festlegen, welchen medizinischen Massnahmen sie im Fall ihrer Urteilsunfähigkeit **zustimmt** oder **nicht zustimmt**.

² Sie kann auch eine natürliche **Person** bezeichnen, die im Fall ihrer Urteilsunfähigkeit mit der behandelnden Ärztin die medizinischen Massnahmen besprechen und in ihrem Namen entscheiden soll. Sie kann dieser Person Weisungen erteilen.



Fall VIII

„Die verfügende Person muss in einer Patientenverfügung bestimmt und klar ihren Willen kundgeben.“



BSK ZGB⁷-Wyss, Art. 370 N 13 ff.

Fall VIII

„Ist hingegen die gewünschte oder unerwünschte Massnahme nicht oder zu wenig genau bestimmt, so kommt der Patientenverfügung keine **absolut** verbindliche Wirkung zu“



BSK ZGB⁷-Wyss, Art. 370 N 13 ff.

Fall VIII

4.4. Aussagen zu spezifischen Situationen
...Vom generellen Ausschluss bestimmter Massnahmen, d.h. unabhängig von der Situation der Umsetzung, ist abzuraten. Hilfreich sind hingegen Angaben zur eigenen **Werthaltung** und zum **Ziel** der Behandlung.



SAMW Richtlinie - [Patientenverfügungen](#)



Fall IX

Wille von Patient und Angehörigen divergieren

Fall IX

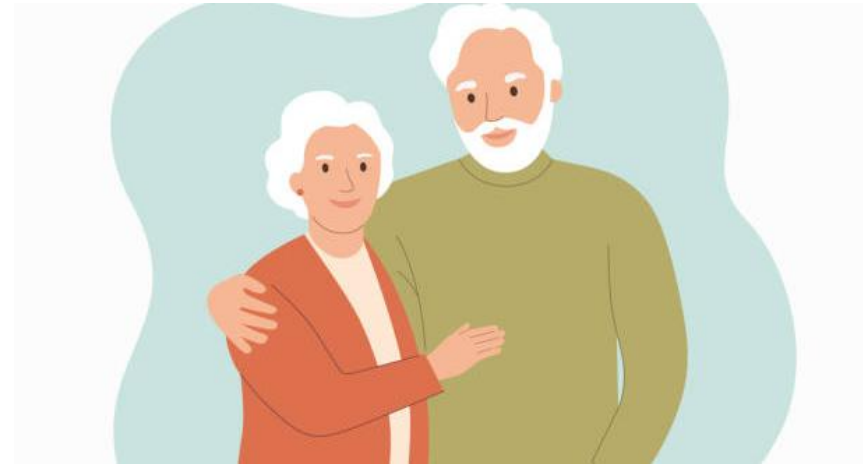
CA-Patientin: Verfügung: REA Nein

Ehemann: dementiert Verfügung.

Reanimation eingeleitet, Atemwege mit Blut verlegt. Gespräch Ehemann, Abbruch REA nach 45 min (Asystolie)

Frage:

- Vorrang „Ethik“ oder Patientenwille?
- Mitteilung Eltern? (Polizei/Care-Team)





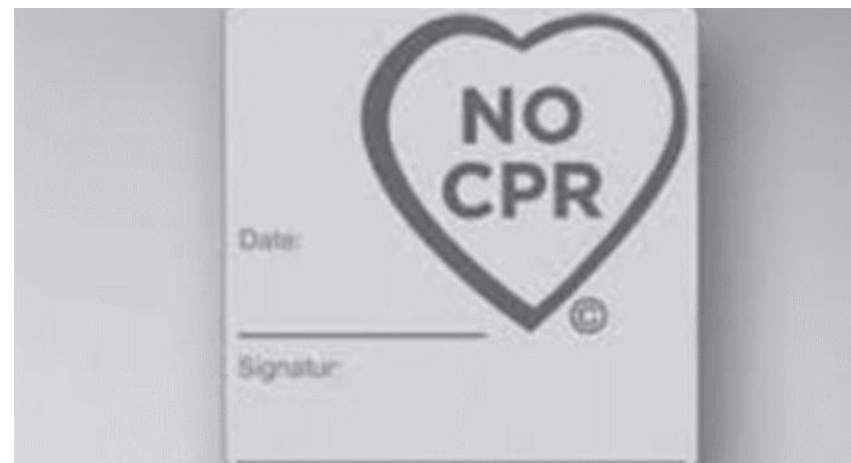
Fall X

Alte/unklare Patientenverfügung

Fall X

Frage:

- Umgang alte Patientenverfügung?
- Was heisst keine lebensverlängernden Massnahmen? (Antibiotika Pneumon.)
- Was bedeutet IPS Nein genau?
- Was wird höher gewichtet Patienten-/oder Angehörigenwille?
- Aussichtslose Kinderreanimation für Eltern?





Fall XI

Beratungsimmune Klienten

Fall XI

Patientin (92), Verdacht Herzinfarkt, körperlich und geistig sehr vital verweigert den Transport nach Bern ins Herzkatheterlabor und wünscht Transport ins Spital Thun. Aufklärung. Insistiert, sei bereit zu sterben. Transport nach Thun.



Art. 16 ZGB – Urteilsfähigkeit

Urteilsfähig im Sinne dieses Gesetzes ist jede Person, der nicht wegen ihres Kindesalters, infolge geistiger Behinderung, psychischer Störung, Rausch oder ähnlicher Zustände die Fähigkeit mangelt, vernunftgemäss zu handeln.





Fall XII

Selbstbestimmtes Leben

Fall XII

Patientin, schwere Krebserkrankung, lebt selbständig in Wohnung. Verweigert Transport ins Spital. Wolle alleine zu Hause sterben. Keine Betreuung/Kinder.

Fragen:

- Alleinlassen zulässig?
- Pflicht Spitaleinweisung/Betreuung?
- Welches Interesse wiegt höher?



Art. 443 ZGB – KESB/Melderechte und -pflichten

¹ Jede Person **kann** der Erwachsenenschutzbehörde Meldung erstatten, wenn eine Person hilfsbedürftig erscheint. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über das **Berufsgeheimnis**.

² Wer in amtlicher Tätigkeit von einer solchen Person erfährt und der Hilfsbedürftigkeit im Rahmen seiner Tätigkeit nicht Abhilfe schaffen kann, ist meldepflichtig. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über das Berufsgeheimnis.

³ Die Kantone können weitere Meldepflichten vorsehen.





Fall XIII

Verzichtserklärung durch Angehörige




Fall XIII

Verzichtserklärung bei Patienten mit vermindertem Glasgow Coma Scale (GCS)

- postiktale Phase nach Krampfanfall, unter C2 (Alkohol-/ Drogeneinfluss).




Fragen:

- Was bringt Unterzeichnung durch Angehörige?
- Aufbieten Notarzt, Absicherung?

Glasgow Coma Scale		
EYE OPENING	VERBAL RESPONSE	MOTOR RESPONSE
		
Spontaneous > 4	Orientated > 5	Obey commands > 6
To sound > 3	Confused > 4	Localising > 5
To pressure > 2	Words > 3	Normal flexion > 4
None > 1	Sounds > 2	Abnormal flexion > 3
	None > 1	Extension > 2
		None > 1
GLASGOW COMA SCALE SCORE		
Mild 13-15	Moderate 9-12	Severe 3-8
MEDIC*TESTS #1 EMT & PARAMEDIC EXAM PREP		

Fall XIII

- Sind Angehörige durch Patientenverfügung/Vorsorgeauftrag ermächtigt zur Entscheidung?
- Falls nicht nur Hinweise auf mutmasslichen Willen.

Glasgow Coma Scale		
EYE OPENING	VERBAL RESPONSE	MOTOR RESPONSE
		
Spontaneous > 4	Orientated > 5	Obey commands > 6
To sound > 3	Confused > 4	Localising > 5
To pressure > 2	Words > 3	Normal flexion > 4
None > 1	Sounds > 2	Abnormal flexion > 3
	None > 1	Extension > 2
		None > 1
GLASGOW COMA SCALE SCORE		
Mild 13-15	Moderate 9-12	Severe 3-8
MEDIC*TESTS #1 EMT & PARAMEDIC EXAM PREP		



Universität
Zürich^{UZH}

Fall XIV

Spiel mit dem Feuer

Fall XIV

Brandverletzung Pyro

- Pflicht Meldung Polizei?
- Recht Meldung Polizei?
- Pflicht Aushändigung Personendaten?
- Recht Aushändigung Personendaten?



Art. 321 – Verletzung des Berufsgeheimnisses

1. Geistliche, Rechtsanwälte, Verteidiger, Notare, Patentanwälte, nach Obligationenrecht zur Verschwiegenheit verpflichtete Revisoren, **Ärzte**, Zahnärzte, Chiropraktoren, Apotheker, Hebammen, Psychologen, **Pflegefachpersonen**, Physiotherapeuten, Ergotherapeuten, Ernährungsberater, Optometristen, Osteopathen sowie ihre **Hilfspersonen**, die ein Geheimnis offenbaren, das ihnen infolge ihres Berufes anvertraut worden ist oder das sie in dessen Ausübung wahrgenommen haben, werden, auf Antrag, mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.



StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch



Art. 321 – Verletzung des Berufsgeheimnisses

2. Der Täter ist nicht strafbar, wenn er das Geheimnis auf Grund einer Einwilligung des **Berechtigten** oder einer auf Gesuch des Täters erteilten schriftlichen Bewilligung der vorgesetzten Behörde oder **Aufsichtsbehörde** offenbart hat.

StGB
Schweizerisches
Strafgesetzbuch



Fall XV

Muss man Suizidenten retten?

Fall XV

- Muss man einen Suizid verhindern?
- Darf man einen Suizidenten retten?
- Muss man einen Suizidenten retten?



Fall XV

Macht sich eine Sanitäterin der Tötung durch Unterlassen strafbar, wenn sie eine Person sterben lässt, die versucht hat, sich das Leben zu nehmen?



Fall XV

1. Tatbestandsmässigkeit

A. Objektiver Tatbestand

- Erfolg
- Verhalten
- Tatmacht
- Garantenstellung
- Hypothetische Kausalität
- (Vorwurfsidentität)

B. Subjektiver Tatbestand

- Wissen/FMH
- Wollen/IKN

2. Rechtswidrigkeit

3. Schuld



Fall XV

- Entlassung aus Garantenstellung
(zumindest putativ)
- Einwilligung in passive Sterbehilfe
(zumindest putativ)
- Rettung unzumutbar, da ihrerseits
Straftat (Nötigung)
- Art. 115 StGB regelt
Suizidbeteiligung abschliessend



Art. 115 StGB – Beihilfe zum Selbstmord

Wer aus selbstsüchtigen Beweggründen jemanden zum Selbstmorde verleitet oder ihm dazu Hilfe leistet, wird, wenn der Selbstmord ausgeführt oder versucht wurde, mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.



Fall XV

- Macht sich Sanitäter strafbar, wenn er eine Person rettet, die versucht hat, sich das Leben zu nehmen?



Fall XV

- Putativeinwilligung in Rettung
- Annahme der Urteilsunfähigkeit
- Ungewissheit Homizid/Suizid





Übersicht

1. Verfassung
2. Strafgesetzbuch
3. Strafprozessordnung
4. Fälle



Rechtsfragen der Reanimation

Prof. Dr. iur. Marc Thommen

Weiterbildung für Mitarbeitende des Rettungsdiensts

Spital Simmental-Thun-Saanenland (STS)

Stützpunkt Gesigen/Spiez

27. Juni 2023